

Ausbildungspakt 2004 – eine Bilanz der Nachvermittlung

KLAUS SCHÖNGEN

► **Wer nach dem September 2004 noch einen Ausbildungsplatz für das laufende Jahr suchte, fiel aus der Statistik.**

Die Bundesregierung und die Spitzenverbände der Wirtschaft schlossen im Juni 2004 einen „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ (Ausbildungspakt) für die Dauer von drei Jahren. Die Partner verpflichteten sich „gemeinsam und verbindlich, in enger Zusammenarbeit mit den Ländern allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten. Dabei bleibt die Vermittlung in das duale Ausbildungssystem vorrangig. Auch Jugendliche mit eingeschränkten Vermittlungschancen sollen Perspektiven für den Einstieg in die berufliche Ausbildung und das Berufsleben erhalten.“

Konkretisiert wurde dies in der verbindlichen Zielsetzung der Wirtschaftsverbände, während der dreijährigen Dauer des Ausbildungspakts im Jahresdurchschnitt 30.000 neue Ausbildungsplätze einzuwerben und zusätzlich 25.000 Plätze pro Jahr für eine kammerzertifizierte betriebliche Einstiegsqualifizierung¹ bereitzustellen. Bei der Einstiegsqualifizierung tragen die Betriebe die Sach- und Personalkosten, die Bundesagentur für Arbeit (BA) übernimmt einen Zuschuss an die Betriebe zum Unterhalt der Jugendlichen (einen Finanzierungsbeitrag zur Vergütung der Qualifizierungsmaßnahme, maximal 192 €) sowie den pauschalierten Anteil der Gesamtsozialversicherungsbeiträge (102 €). Die Mindestdauer der Maßnahme beträgt sechs Monate, gefördert werden höchstens zwölf Monate. Der

Bund verpflichtete sich darüber hinaus zur Weiterführung der Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramme Ost im Jahr 2004 mit insgesamt 14.000 Plätzen und der ausbildungsfördernden Maßnahmen der BA, insbesondere der berufsvorbereitenden Maßnahmen, auf gleicher Höhe wie 2003. Weitere verbindliche Inhalte des Ausbildungspakts waren die Zusage des *Bundes*, die Fördermittel des Programms STARegio zur Förderung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze im Rahmen von Ausbildungsverbänden um 50 % aufzustocken, sowie die Zusage der *Wirtschaft*, zusätzlich 800 Ausbildungswerber einzusetzen, um betriebliche Ausbildungspotenziale auszuschöpfen. Daneben enthalten die Vereinbarungen des Ausbildungspakts eine Reihe von Absichtserklärungen, die sich auf verstärkte überregionale Ausbildungsvermittlung, Mobilitätshilfen für Jugendliche sowie Medienkampagnen und Veranstaltungen beziehen. Appelle richten sich an Länder und Gewerkschaften, in eigener Initiative die Ziele des Ausbildungspakts zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk richten die Paktpartner an die Länder (und Kommunen), in denen bereits viele regionale Ausbildungsinitiativen existieren und denen zugleich als zuständige Institutionen für die berufsbildenden Schulen und als öffentliche Arbeitgeber eine besondere Verantwortung für die Berufsausbildung zukommt.

Vorrangige Aufgabe des Paktes ist die Vermittlung betrieblicher Ausbildungsplätze an noch unversorgte Ausbildungsplatzbewerber in folgenden Schritten:

- Kontaktaufnahme mit unvermittelten Bewerbern und mit Betrieben über Callcenter
- Datenaustausch zwischen Betrieben und Arbeitsagenturen
- Einladung mit Angebot an Jugendliche, eventuell vorgelagerte Kompetenzchecks

Das Verfahren setzt die aktive Mitwirkung der Jugendlichen voraus. Diejenigen, die nicht zu den Gesprächen erscheinen, werden nach individueller Prüfung aus dem Kreis der unvermittelten Bewerber gestrichen.

ERGEBNISSE DER NACHVERMITTLUNG AUS SICHT DER PAKTPARTNER

Die Vermittlungsbemühungen im Rahmen des Ausbildungspakts waren angesichts der angespannten Versorgungslage vorrangig auf diejenigen Jugendlichen gerichtet, die zum 30. September 2004 trotz ihres dahingehenden Vermittlungswunschs noch ohne betrieblichen Ausbildungsplatz blieben, insgesamt bundesweit 43.792² Jugendliche. Ende Dezember 2004 konnten davon 14.949 Jugendliche noch nicht auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz oder alternative Angebote vermittelt werden. Das bedeutet einen Rückgang auf zwei Drittel (66 %) der im September noch Unvermittelten. In den neuen Ländern und Berlin zeigte sich dabei ein stärkerer Rückgang (auf 31 %) als in den alten Ländern (auf 35 %) (Abbildung 1).

Abbildung 1 **Verbleib der unvermittelten Bewerber des Beratungsjahrs 2003/2004 bis Dezember 2004** (n = 43.792)

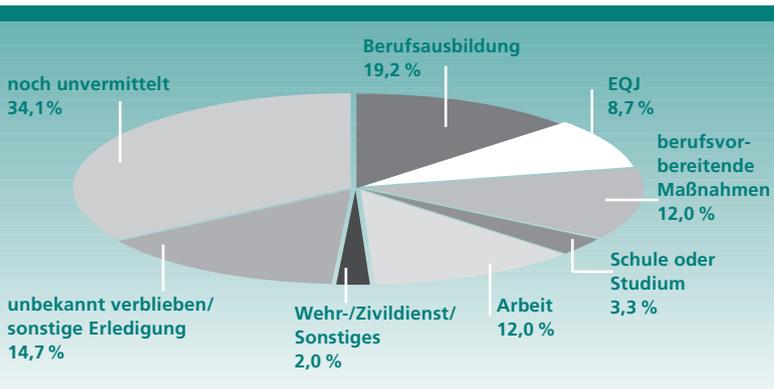


Abbildung 2 **Bestand an unbesetzten Ausbildungsplätzen und unvermittelten Bewerbern für Ausbildungsbeginn bis Dezember 2004**

	unbesetzte Ausbildungsplätze			unvermittelten Bewerber		
	aus dem Vorjahr	neu	insgesamt	aus dem Vorjahr	neu	insgesamt
alte Länder	4.019	3.032	7.051	10.299	14.203	24.502
neue Länder u. Berlin	220	503	723	4.650	4.179	8.829
Bundesrepublik Deutschland	4.239	3.535	7.774	14.949	18.382	33.331

Bezogen auf alle im September noch unvermittelten Bewerber konnten 4.410 Jugendliche (10,1%) noch einen *Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb* für das aktuelle Ausbildungsjahr abschließen, 1.292 (3,0%) wurden in eine Berufsausbildung nach Sonderprogrammen oder in eine Ausbildung nach § 241 SGB III vermittelt.

In eine *betriebliche Einstiegsqualifizierung* (EQJ) mit Vertrag und Förderzusage mündeten bisher 3.793 Jugendliche (8,7%) ein, das waren zusammen mit den Bewerbern des aktuellen Ausbildungsjahrs bis Ende Dezember 2004 7.764 Jugendliche und junge Erwachsene.³ In berufsvorbereitenden Maßnahmen befanden sich Ende Dezember 5.255 Ju-

gendliche, wieder zur Schule (berufliche oder allgemeine) gingen 1.122, ein Studium nahmen 335 junge Frauen und Männer auf. 5.241 Jugendliche (12 % aller Unvermittelten) nahmen eine Arbeit auf. Als „unbekannt verblieben“ oder „sonstige Erledigung“ (zumeist weil sie auf eine Einladung zu den Kompetenzchecks nicht erschienen) fielen 6.446 (= 14,7% aller im September unvermittelten) Jugendliche aus der Erfassung als unvermittelte Bewerber.

Anmerkungen

- 1 Eine Anrechnung auf die Dauer einer nachfolgenden Berufsausbildung kann auf Grundlage von § 29, Abs. 2 BBiG oder § 27, Abs. 2 HwO erfolgen.
- 2 Bei der Differenz zu der Zahl Ende September (44.596) handelt es sich weitgehend um Jugendliche, die als vorrangigen Berufswunsch eine schulische Berufsausbildung wünschten. Da die Vermittlungsaktivitäten des Ausbildungspakts sich ausschließlich auf betriebliche Berufsausbildung beziehen, wurden diese Jugendlichen aus dem Kreis unvermittelter Bewerber gestrichen.
- 3 Insgesamt wurden von Oktober bis Dezember 2004 27.974 EQJ-Plätze von den Betrieben gemeldet. Den Arbeitsagenturen standen zum Jahresende noch 15.542 gemeldete Plätze zur Vermittlung zur Verfügung.

Auch die Zahl der *unbesetzten Ausbildungsplätze* aus dem Vorjahr ging deutlich zurück, bundesweit von rund 13.394 im September 2004 auf rund 4.239 Ende Dezember 2004. Vergleicht man den Abbau der unvermittelten Bewerber mit dem Abbau der unbesetzten Ausbildungsplätze jeweils anhand der Vermittlungssituation von Ende September 2004, so zeigt sich, dass die auf diese Weise berechnete Lehrstellenlücke von rund 31.182 auf 10.710 abnahm. Mit anderen Worten: Um alle Ende September 2004 unvermittelten Bewerber rechnerisch auf einen Ausbildungsplatz zu vermitteln, fehlten im Dezember 2004 10.700 Ausbildungsplätze. Sowohl absolut als auch relativ zeigte sich zwischen September und Dezember ein stärkerer Rückgang der Zahl der im September noch unvermittelten Jugendlichen als in den Nachvermittlungsmonaten des Vorjahrs.

RESÜMEE

Die Vermittlung für das laufende Ausbildungsjahr ist im September jedoch noch nicht abgeschlossen, weder von Seiten der Bewerber noch von Seiten der Betriebe, wie die Abbildung 2 zeigt. Bei der Bewertung der Ausbildungssituation sind also auch die Meldungen von Bewerbern und Arbeitgebern zu berücksichtigen, die bis Dezember für das laufende Ausbildungsjahr noch eine Ausbildung aufnehmen oder Auszubildende einstellen möchten. Zusätzlich zu den bundesweit 4.239 im Dezember noch unbesetzten Ausbildungsplätzen des Vorjahres wurden den Arbeitsagenturen in den Monaten Oktober und Dezember für das laufende Ausbildungsjahr noch 3.535 Ausbildungsplätze zur Vermittlung gemeldet, die bis Ende Dezember noch nicht besetzt werden konnten. Auf der anderen Seite meldeten sich bis Ende Dezember zusätzlich zu den aus dem Vorjahr verbliebenen unvermittelten 14.949 Bewerbern noch 18.382 Jugendliche, die noch für das schon laufende Ausbildungsjahr einen Ausbildungsplatz suchten. Auf diese Weise standen in den Unterlagen der Arbeitsverwaltung den 7.774 noch nicht besetzten Ausbildungsplätzen 33.331 junge Frauen und Männer gegenüber, die bis Dezember 2004 noch auf einen betrieblichen Platz vermittelt werden wollten. Kamen im September 2004 noch drei unvermittelte Bewerber auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz, so waren es im Dezember 2004 schon vier, womit sich die Situation für die ausbildungssuchenden Jugendlichen sogar verschlechterte. Die rechnerische Lücke Ende Dezember 2004 zwischen den noch nicht bedienten Vermittlungswünschen der Jugendlichen und den noch unbesetzten Ausbildungsplätzen ging lediglich um 5.600 auf noch 25.400 Jugendliche zurück, die auch bei Besetzung aller zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze keinen erhalten hätten. Diese Zahlen relativieren Erfolgsmeldungen bzgl. des Ausbildungspakts. Während die BA in ihren Statistiken auch nach dem September noch für das bereits laufende Ausbildungsjahr ausbildungssuchende Jugendliche zählt, tauchen sie in den Informationen der Paktpartner nicht mehr auf. ■